ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 16
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 30. Mai 1929

Fortlaufende No. 1317

Welt-Rundschau

Reparationskonferenz und kein Ende

Am 27. Mai brachte die „Associated Preß" wieder einmal die Nachricht, daß man sich auf eine definitive Ankündigung gefaßt mache, die erklären werde, daß die Reparationskonferenz sich nicht einigen kann. Als Grund hiefür wird angegeben, daß Dr. Schacht, der Vorsitzende der deutschen Delegation, dem amerikanischen Vertreter Young erklärt habe, Deutschland werde fest auf den gemachten Vorschlägen beharren; daß die Gläubigermächte auf ihren Forderungen beharren würden, daran sei kein Zweifel; somit bleibe der Konferenz nichts anderes übrig als auseinanderzugehen.

An eine solche Sachlage und an derartige Ankündigungen ist man jetzt schon gewöhnt. Ja, die Sachlage war schon ein paarmal vorher sogar noch kritischer als jetzt, und doch sind sie nicht auseinandergelaufen. Der Schritt einer definitiven Auflösung der Konferenz würde voraussichtlich von so schweren Folgen begleitet sein, daß keine Nation die Verantwortung hiefür tragen will. So erscheinen die Sachverständigen wie eine Schar von Buben, die sich gegenseitig durch fürchterliche Drohungen einzuschüchtern suchen, falls ihr Wille nicht geschehe, aber schon im nächsten Augenblick ihre unwirksamen Drohungen vergessen und ihren Willen auf andere Weise durchzusetzen trachten.

In Wirklichkeit ist es nicht abzusehen, wie die gegenwärtige Konferenz zu einem die Gläubigermächte befriedigenden Abschluß kommen könnte. Denn der Unterschied zwischen deren himmelschreienden Forderungen und dem Angebote, das Deutschland als das höchstmögliche bezeichnet, ist so groß, daß er sich nicht überbrücken läßt. Und ohne Zweifel würde die Sache nur noch schlimmer, wenn Deutschland jetzt sich zermürben ließe und nachgiebig würde. Denn über kurz oder lang würde Deutschland nach Annahme der alliierten Forderungen sich in die Unmöglichkeit versetzt sehen, den ihm jetzt abgerungenen Bedingungen nachzukommen, und dann ginge der Trubel von neuem an, oder vielmehr, Deutschlands Schwierigkeiten würden dann noch bedeutend größer werden als sie jetzt unter dem unerträglichen Dawes-Plan sind. Das gäbe dann den Alliierten, besonders Frankreich, abermals den erwünschten Anlaß, einen rohen Eingriff in das innerste Leben Deutschlands zu machen, wie einstens beim Ruhreinfall. Und wer weiß, ob nicht Poincare und Konsorten einen Vorwand für einen derartigen Eingriff im Auge haben?

Daran, daß die ganze Frage vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus behandelt würde, ist natürlich gar nicht zu denken. Eher würde der Mohr weiß werden, als daß die Siegermächte vom Standpunkte der Macht abgingen. Sie sind entschlossen, für Generationen alle Früchte deutschen Fleißes und deutschen Könnens, die zur Erhaltung des Lebens nicht unbedingt notwendig sind, sich anzueignen. Und einige derselben scheinen auch vom Notwendigen nur das Allernotwendigste, das kaum noch den Hungertod von der Türe fernhält, gelten lassen zu wollen. Deutschland selbst hat sich schon längst darein ergeben, den Standpunkt der ihm gebührenden Gerechtigkeit als praktisch unerreichbar außer Rechnung zu lassen und in der Befriedigung seiner sogenannten Gläubiger bis zur Grenze der Möglichkeit gehen zu wollen. Mit dieser Absicht hat es die Konferenz in Paris beschickt, von dieser Konferenz erwartete es ein ernstes Studium der wirklichen Sachlage und eine der Vernunft entsprechende Festsetzung der wirklichen Möglichkeit. Denn Deutschland will nicht dem schnellen oder langsamen Hungertode verfallen, es will leben und arbeiten; es hofft, in der Zukunft einmal, und sollte es auch erst in hundert Jahren sein, wieder Herr im eigenen Hause zu sein.

Die Konferenz zu Paris konnte kaum etwas anderes als eine große Blamage, ein jämmerliches Fiasko werden; denn sie trat unter falschen Vorwänden zusammen. Als sie einberufen wurde, bestand unter den beteiligten Nationen das ausdrückliche Einverständnis, daß es die Aufgabe der Sachverständigen sein werde, die wirtschaftliche Lage Deutschlands genau zu untersuchen, um zu einem vernünftigen Urteil über die Leistungsfähigkeit des Landes zu kommen. Daraufhin sollte die Konferenz ihre Empfehlungen oder Vorschläge über die zu zahlenden Reparationen machen. Weiter sollte die Konferenz nicht gehen, über das Ueberige sollten die Völker sich selbst unter einander verständigen. In ihren Untersuchungen und Beratungen sollten die Sachverständigen von ihren Regierungen gänzlich unbeeinflußt und unabhängig sein.

Darin sah man das Wesen der Konferenz. Aber dieses Wesen wurde von den alliierten Nationen von aller Anfang an verfälscht. Denn ihre Sachverständigen waren über die zu fordernden Summen von ihren Regierungen genau instruiert. Gemäß diesen Instruktionen ließen sie sich auf eine Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands überhaupt nicht ein; ja, sie waren nicht einmal willens, die Ausführungen der deutschen Delegaten hierüber, welche einen genauen Bericht ausgearbeitet hatten, auch nur anzuhören. Es scheint fast, als ob die alliierten Delegaten unter dem Eindruck gewesen wären, es handle sich um ein zweites Versailles, wo man mit den Deutschen auch nicht beriet, sondern ihnen bloß die Bedingungen diktierte. Und als diese sich unwillig zeigten, sich in dieser Weise behandeln zu lassen, setzte man ihnen durch Androhung der Wiederaufnahme der Blokkade und eines bewaffneten Einfalles in das Land gleichsam die Pistole auf die Brust. Aehnliches hätten wohl die Delegaten auch diesmal in Paris gerne getan. Aber die Zeiten hatten sich seit 1919 denn doch ein bißchen geändert. Doch das Verhandeln mit Deutschland haben die Alliierten verlernt, sie verstehen bloß mehr zu diktieren. Und solange Deutschland nicht zu allen Diktaten Ja- und Amen sagt, kann aus solchen Konferenzen nichts anderes als ein Fiasko herauskommen.

Am 18. Januar, als eben Vorbereitungen für die Pariser Konferenz getroffen wurden, brachte der wöchentliche „Manchester Guardian" ein einer deutschen Zeitung entnommenes Bild, das einem zurzeit vielleicht als unberechtigt, weil pessimistisch, erscheinen mochte. Poincare hat einen französischen Sachkundigen vor sich, dessen Hals er mit seiner Rechten gänzlich umschlungen und so stark zugeschnürt hatte, daß ihm die Zunge aus dem weit geöffneten Munde herausstand. Und den Zeigefinger seiner linken Hand drohend erhebend ruft er ihm zu: „Unnötig zu sagen, Sie sind vollständig frei, einen Report nach Ihrem eigenen Urteil einzuberichten; aber wehe Ihnen, wenn Ihr Report nicht ist, was ich erwarte!" Jetzt wissen wir, daß das Bild die Situation nicht nur nicht zu pessimistisch, sondern nicht pessimistisch

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das Reparationsproblem im Lichte des heutigen Standes der Kriegsschuldfrage

Der Protest der Moral gegen den Versuch der wirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes durch die Pariser Reparationskonferenzen

Von Universitäts-Professor Dr. Gustav Turba (Wien)
(„Schönere Zukunft".)

(Fortsetzung)

In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1914, wo die fast verzweifelte Hilfsbitte des Deutschen Kaisers beim englischen König an den Zaren abging, erklärte der französische Kriegsminister dem russischen Militärattache in enthusiastischem Tone: „daß die französische Regierung sei entschlossen sei zum Kriege;" das war 16 Stunden vor der deutschen Kriegserklärung an Rußland und zweieinhalb Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Frankreich. Um dreiviertelvier Uhr des 1. August händigte der französische Kriegsminister dem Unterchef des französischen Generalstabes den französischen Mobilmachungsbefehl aus. Der französische Kriegsentschluß in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August war durch die schon früher eingetroffene geheime Erklärung Italiens an Frankreich erleichtert worden, daß Italien neutral bleiben werde. Es hat darum **Renouvin** recht, wenn er eingestanden hat, daß während der Krise von 1911 d. Staatsmänner unter sich selbst d. Erklärung d. Krieges „nicht als das wesentliche Faktum angesehen haben". Mit anderen Worten: dies hat erst die Lügenpropaganda zustande gebracht. Poincare und Grey haben die Behauptung von dem vorsätzlichen Kriegswillen Deutschlands selber nicht mehr aufrechterhalten. Der Unions-Senator **Owen** hat schon vor Jahren aktenmäßig resumieren können: „Die verantwortlichen Führer Deutschlands wünschten den Krieg nicht und begannen ihn nicht"; und der unions-amerikanische Historiker **Fay** stellt fest: „Die übereilte Vollmobilmachung Rußlands zu einer Zeit, wo Deutschland noch versuchte Oesterreich zur Annahme eines Vermittlungsvorschlages zu bewegen, machte schließlich den europäischen Krieg unvermeidlich." Auch **Demartial** sagt, durch die russische Vollmobilmachung sei **Deutschland zur Kriegserklärung gezwungen gewesen. Der unions-amerikanische Professor Wilhelm Langer** betont: „Ein deutscher Staatsmann, der versäumt hätte, 1914 auf die russische Vollmobilmachung durch die Eröffnung der Feindseligkeiten zu antworten, würde sich einer verbrecherischen Unterlassung schuldig gemacht haben."

Nicht preußischer Militarismus, nicht ein erdichteter Potsdamer Kronrat vom 5. Juli 1914, nicht die Wiener „Hof- und Militärkamarilla", wie man in Restösterreich 1919 geglaubt, darum in Saint Germain auch gesagt hat, haben den Weltkrieg verursacht, nicht Berliner Anstiftung und Ermunterung, sondern russisch-französisch-englische Geheimdiplomatie, welche sich bei der hastigen Ausführung geheimer Mobilmachungspflichten gegenüber dem Entente-Militarismus allzu gefügig gezeigt hatte.

Soviel über Vorsätzlichkeit und Urheberschaft am Weltkrieg.

Nun zum Thema der vereitelten Friedensbemühungen! Es ist festzustellen, daß solche vor allem von der Entente vereitelt wurden. So kamen unions-amerikanische Friedensversuche in den letzten Juli- und ersten Augusttagen 1914 in London und Petersburg nicht zum Ziele. Rußlands Vollmobilmachung konnte nicht zuletzt deswegen geschehen, weil Grey, im Namen Englands sprechend, es unterlassen hatte, Rußland vor zu großer Hast zu warnen. Noch mehr, er hat Sasonow sagen lassen, Rußland könne weiter Mobilmachungsmaßnahmen treffen, wenn auch Sasonow auf die Friedensrettungsversuche eingehe. Gleichzeitig warnte er aber Berlin, die Friedensrettungsversuche durch irgendeine militärische Maßregel zu stören. Auf russischer Seite sollten von allem Anfang an, in genauer Befolgung des schon im November 1912 festgelegten politisch-militärischen Aktionsprogrammes, Verhandlungen mit den Zentralmächten den ausgesprochenen Zweck verfolgen, Zeit zur Vollendung der russischen Mobilmachung zu gewinnen. In dieser dauernd festgelegten Richtschnur heißt es: „Unsere Maßnahmen können durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die

(Fortsetzung auf Seite 5)

Für wen sollen wir am 6. Juni wählen?

Wenn ein großes Gewitter im Anzuge ist und kohlschwarze, finstere und drohende Wolken fast bis zur Erde niederhängen, dann wird es am hellen Tage dunkel, so daß man sogar die Lichter im Hause anzünden muß, um sehen zu können. Ist jemand im Freien, so treibt ihm der Wind, der mit Riesenschnelle dahinjagt, den Staub in die Augen, die alsdann getrübt werden, während zuckende Blitze ihn oft sekundenlang blenden.

Aehnliches trifft zu bei einer schweren Wahlschlacht, wie jene es ist, vor der das Volk von Saskatchewan jetzt steht. Ohne Zweifel ist die gegenwärtige Wahlschlacht eine der mächtigsten, die unsere Provinz durchgemacht hat. Wie eine schwere Gewitterwolke hängt sie vor uns. Schon seit Wochen und Monaten grollte der Donner. Schon seit Monaten wurde gehetzt, gelogen, geschimpft, gerechtet, geschrieben und allerlei Staub und Schmutz aufgewirbelt, so daß von diesem vielen Staub und Getöse viele Wähler geblendet wurden und nicht mehr recht sehen können. Sie wissen nicht, für welchen Kandidaten und welche Partei sie am 6. Juni stimmen sollen. Selbst unter unseren getreuen Bewohnern der St. Peters-Kolonie finden sich daher Leute, die geneigt sind, gewissen Großsprechern zu glauben, die sie mit schönen Redensarten umkreisen und ihnen ihre eigenen selbstsüchtigen, kleinlichen und selbst umstürzlerischen Ideen aufdrängen wollen. Andere Wähler hingegen haben Neigung, den gemütlich schlafenden deutschen Michel zu spielen und am Wahltage ganz zu Hause zu bleiben, indem sie die faule Ausrede gebrauchen: „Auf meine Stimme kommt es ja doch nicht an . . . mir kann es gleich sein, ob der oder jener gewählt wird".

Lieber Leser, auf deine Stimme kommt viel, unter Umständen sehr viel an; denn gerade deine Stimme kann den Ausschlag geben. Du begehst **ein Unrecht,** wenn du bei einer so wichtigen Wahl, wie die bevorstehende es ist, nicht Gebrauch machst von deinem Bürgerrecht. Du wirst dereinst zur Rechenschaft gezogen werden, wenn du durch deinen Schlendrian dem Rechte nicht zum Siege verholfen hast, wenn durch unverzeihliche Nachlässigkeit deinerseits das Unrecht triumphiert. Sage nicht: „Das ist Politik, da hat mir der St. Peters Bote nichts einzureden, in der Politik bin ich ein freier Mann, da kann ich tun, wie will." Wer gibt dir denn das Recht, in deinem Wahn ein Unrecht zu begehen, oder mitzuhelfen, daß eine Partei an die Regierung kommt, die gottlose Gesetze macht, unsere heiligsten Ueberzeugungen verachtet und mit Füßen tritt, unsere Gewissen knebelt oder den Eltern ihre heiligsten und von Gott gegebenen Rechte auf ihre Kinder entreißt? Wenn du mithilfst, daß der Nächste beraubt und bestohlen wird, oder wenn du den Raub und Diebstahl nicht verhinderst, wenn du es kannst und mußt, so begehst du selber ein Unrecht, für das du beitragen wirst, sei es, daß das Unrecht im Privatleben, im Geschäfte oder in der Politik begangen wird. — Wähle also am 6. Juni und wähle gut! Nur so wirst du deine Pflicht erfüllen, dir selbst und dem Lande nützen und den Segen Gottes auf dich, deine Familie und das Land herabziehen.

Für wen sollen wir wählen? Wir haben in Saskatchewan zwei Hauptparteien: die liberale und die konservative Partei.

Die liberale Partei führte die Zügel der Regierung seit der Erhebung Saskatchewan's zur Provinz im Jahre 1905. Es ist wahr, die liberale Regierung Saskatchewan's war uns Katholiken nicht allzu freundlich. In der Besetzung von öffentlichen Aemtern sind wir stets etwas stiefmütterlich behandelt worden. Auch in der Schulgesetzgebung hätte man uns mehr berücksichtigen sollen. Trotzdem muß ein jeder rechtlich denkende Mensch bekennen, daß unsere Regierung ebenso gerecht ist, als irgendeine Regierung in der heutigen Welt. Der Fortschritt, den unsere Provinz unter der liberalen Leitung machte, ist riesengroß. Unsere Gesetze sind durchschnittlich gerecht und fortschrittlicher als die Gesetze vieler anderen Provinzen und Länder. Die Ehrenmänner der Provinz bekennen sich fast samt und sonders zur liberalen Partei. Haben wir aber eine gute Regierung, warum sollen wir sie aus dem Wege räumen?

Die konservative Partei ist daher bekannt, daß sie seit dem Bestande der Provinz allen radikalen, umstürzlerischen Elementen stets Unterkunft bot. Die größten Gegner und Feinde der Kirche befinden sich in den Reihen der Konservativen. Einige ihrer Kandidaten in dem bevorstehenden Wahlkampfe tragen progressive Kappen. Man halte daher seine Augen offen und lasse sich nicht betören durch gleißnerische Reden, **sollten solche auch aus dem Munde gewisser Katholiken fließen.** Die Gegenpartei der Regierung greift zu den äußersten Mitteln, wenn diese auch noch so gewissenlos und schwindlerisch sind. Als Beispiel diene folgender Brief, den die Gegner der Regierung, wie „Der Katholik" von Regina mitteilt, überall in der Provinz unter die Wähler werfen:

„Ihr protestantischen Liberalen in Süd-Saskatchewan, seid auf eurer Hut, da Rom, so sicher als die Sonne scheint, sich eurer als Mittel zu seinem Ziele bedient. Ich kann mir gar nicht einbilden, wie Freimaurer die augenblickliche liberale Regierung, welche ohne Zweifel von Bischof Mathieu von Regina kotrolliert wird, aufrecht erhalten wollen. Versteht doch, was „Wee Jimmie" (der kleine Jimmie — Premier Gardiner ist damit gemeint) im Schilde führt und geht ihm den Laufpaß, und fraget einen Kandidaten . . . wo er in der Schulfrage steht. Will er oder wollt Ihr, daß eine schwarzgekleidete Katze (black skirted „Ghe Cat") von einer Nonne eure Kinder in der öffentlichen Schule lehre, und daß ihr als Ketzer gelte, und daß ihr und eure Frauen in Sünden lebt, und daß eure Kinder als Bastards gelten, und daß eure Kinder, wenn sie getauft werden sollen, gezwungen werden, das verbotene Bild, das Kruzifix zu küssen. Bedenke es wohl, Old-Timer, und nimm es zu Herzen! Dann wirst du, so hoffe ich, aufwachen. Wache auf, bevor es zu spät sein wird, und bevor wir eine Revolution haben werden. Denn, so wahr du lebst, Blut wird fließen, wenn wir Protestanten uns nicht zusammentun. Wenn du an den Glauben deiner Väter glaubst, . . . kannst du in der nächsten Wahl nicht liberal stimmen. Es handelt sich hier nicht um Liberal und Konservativ: Es handelt sich rein und einfach um: Protestantisch oder Römisch: Merk dir mein Wort!"

Ein derartiger Unsinn, ein derartiger Hetz- und Brandartikel wird also von den Gegnern der liberalen Regierung unter das Volk Saskatchewan's geworfen! So eine Gewissenlosigkeit! Und es gibt genug Dummköpfe in unserer Provinz, die solchen Unsinn glauben. Kämen solche Helden ans Ruder der Regierung — dann wehe unserer schönen Provinz Saskatchewan! Jetzt kannst du hell sehen, nicht wahr? Jetzt weißt du auch, wem du am 6. Juni deine Stimme geben mußt.